**VPOD Biel. Jahresbericht und Rechnungen pro 1935**

Werte Verbandskollegen!

Im letzten Tätigkeitsbericht haben wir die internationale Lage wie folgt kurz umschrieben: „In internationaler Hinsicht scheinen die faschistischen Staaten Deutschland und Italien die Ursache von kriegerischen Verwicklungen zu werden. Sie bilden die Brandherde in Europa. Der Völkerbund, ein machtloses organisches Gebilde ist den Weltgeschehnissen gegenüber ohnmächtig. Der Eintritt einer furchtbaren Kriegskatastrophe scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein“. Diesen Worten haben wir nichts beizufügen. Sie haben sowohl pro 1935 als auch für die ungewisse Zukunft an Bedeutung nur gewonnen. Faschismus heisst Krieg und Krieg ist furchtbar.

Als bedeutendste wirtschaftspolitische Begebenheit in der Schweiz muss die Abstimmung vom 2. Juni über die Kriseninitiative bezeichnet werden.

Das Resultat ist folgendes: Ja Nein

In der Schweiz: 424‘878 566‘634

Im Kanton Bern: 90‘634 78‘443

In Biel: 7‘111 3‘367

Das gesamtschweizerische Ergebnis ist gemessen am Kraftaufwand der Neinsager erfreulich und ermutigend. Noch ein solcher Sturm und die Front der Arbeit siegt. Die Verantwortung für die Folgen der Krisenverschärfung und für die Katastrophe, die sich daraus noch entwickeln kann, fällt in vollem Umfange auf jene Kreise, die bisher den Abbau gefordert und gefördert haben.

Die Nationalratswahlen fanden am 26./27. Oktober statt. In den meisten Kantonen fanden gleichzeitig auch die Neuwahlen der Vertreter im Ständerat statt. Man hat den Erneuerungswahlen pro 1935 seitens der linken Parteien mehr Bedeutung beigemessen als früher. Dieses Interesse an der Neubestellung der eidgenössischen Räte erklärt sich, wenn wir einen Blick auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes werfen

Der Durchschnitt der Arbeitslosenzahlen betrug:

1931 24‘208

1932 54‘366

1933 67‘867

1934 65‘440

1935 82‘239

Die bisherige Parlamentsmehrheit ist der Krise nicht Herr geworden. Die logische Folge dieser Feststellung war die, dass ein grosser Teil des Volkes eine andere Zusammensetzung des Parlaments wünschte. Gelang es nun der Propaganda der Linksparteien, die tatsächlich vorhanden gewesene Begeisterung so zu entfachen, dass sie sich zu Gunsten der Front der Arbeit auswirkte? Diese Frage müssen wir leider verneinen. Dem Aussenseiter Duttweiler gelang es, vorwiegend unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft Verwirrung zu stiften und mit den Mitteln der Migroskäufer zu deren Lasten Politik zu machen. Sein materieller Wahlaufwand war nicht gering. Indessen entsprach ihm der Erfolg. An die Stelle langer theoretischer Erörterungen setzen wir das Wahlergebnis in Zahlen. Die Darstellung gibt uns einen wertvollen Überblick.

Die Zahl der Vertreter im Nationalrat betrug: 1922 1925 1928 1931 1935

Katholisch-Konservative 44 42 46 44 42

Liberal-Demokraten 10 7 6 6 6

Freisinnig-Demokraten 58 59 58 52 48

Bauern und Bürger 35 31 31 30 21

Unabhängige (Migros) - - - - 7

Evangelische 1 1 1 1 1

Sozialpolitiker 5 5 3 2 3

Jungbauern - - - - 5

Sozialdemokraten 43 49 50 49 50

Kommunisten 2 3 2 3 2

Frontisten - 1 1 - 2

Zusammen: 198 198 198 187 187

Wertvollen Aufschluss geben auch die nachstehenden Zahlen über die Zusammenschrumpfung der Mandatzahlen der Regierungsparteien. Dabei ist zu berücksichtigten, dass die Zahl der Sitze des Rates im Jahre 1931 von 198 auf 187 reduziert wurde. Die Vertreterzahlen umfassen die Katholisch-Konservativen, die freisinnig-demokratische und die Bauernpartei, mit Einschluss der Liberal-Konservativen.

1922 147 Vertreter oder 74% aller Mandate

1925 139 Vertreter oder 70%

1928 141 Vertreter oder 71%

1931 132 Vertreter oder 71%

1935 117 Vertreter oder 63%

Die Nationalräte, die den Fraktionen der Regierungsparteien angehören, sind laut obiger Darstellung seit 1922 von 74 auf 63% zusammengeschmolzen.

Das endgültige, in Prozenten ausgedrückte, Wahlergebnis gestaltet sich wie folgt.

Von je 100 Wählern entfielen auf 1922 1925 1928 1931 1935

Katholisch-Konservative Partei 21,0% 20.8% 21,2% 21,4% 20,2%

Liberal-demokratische Partei 4,1% 3,6% 3,0% 2,9% 3,3%

Bauern- und Bürgerpartei 16.7% 15,7% 15,9% 15,7% 11,0%

Freisinnig-demokratische Partei 28,2% 27,8% 27,3% 26,5% 23,8%

Regierungsparteien zusammen 70,0% 67,9% 67,4% 66,5% 58,2%

Sozialpolitische Gruppen 1922 1925 1928 1931 1935

Sozialpolitische Gruppe 2,3% 2,2% 1,9% 1,1% 1,0%

Jungbauern - - - - 2,9%

Sozialdemokratische Partei 23,6% 26,2% 27,6% 28,9% 28,1%

Kommunistische Partei 1,9% 2,0% 1,8% 1,9% 1,4%

Übrige Parteien 2,2% 1,7% 1,3% 1,6% 8,4%

Zusammen: 30,0% 32,1% 32,6% 33,5% 41,8%

Wir hielten es für notwendig, unsere Mitglieder etwas eingehend über die Zusammensetzung der eidgenössischen Behörden zu orientieren, weil das die Maschinerie ist, in welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieses eidgenössischen Personals fabriziert werden. Diese beeinflussen in weitgehendem Masse die lokale Lohnpolitik.

Die sozialdemokratische Partei stellt auf lokalem Boden die unbestrittene Mehrheit in den Behörden. Sie trägt auch die Verantwortung für die Lohn- und Arbeitsbedingungen des städtischen Personals. Es ist deshalb keine Anmassung, wenn die Sektionsleitung auf parteilegalem Wege versucht, die lohnpolitischen Interessen der Mitglieder zu wahren. Dieses Interesse werden wir immer dann wahrzunehmen versuchen, wenn dies vom Standpunkt der Finanzlage der Stadt möglich ist und verantwortet werden kann. Aufgabe der Sektionsleitung ist es, dafür zu sorgen, dass übereifrige Befürworter des Lohnabbaus und anderer Sanierungsmassnahmen keine allzu grosse Gefolgschaft zu verzeichnen haben. Wir nehmen für uns in Anspruch, beurteilen zu können, ob die Voraussetzungen vorhanden sind und behalten uns vor, entsprechende Parolen herauszugeben. Mit diesem Vorgehen befinden wir uns durchaus im Rahmen der Verbands- und Parteistatuten.

Der VPOD und seine Sektionen sind politisch unabhänig, nicht neutral, wie oft in Unkenntnis der auch im Statut des Gewerkschaftsbundes enthaltenen Grundsätze, behauptet wird. Damit ist die Stellungnahme der Gewerkschaften bei den jeweiligen politischen Aktionen gegeben. Jede Gewerkschaft wird, wenn sie auf der Höhe ihrer Aufgabe ist, dann in politische Aktionen eingreifen, wenn das gesamte Interesse der Mitgliedschaft es verlang.

Von der Tätigkeit der Sektionsinstanzen sei folgendes erwähnt:

Im Berichtsjahr fanden statt: 17 Sektionsvorstands-Sitzungen, 3 Sektionsversammlungen, 3 Sitzungen mit Gruppenvorständen, 1 Sitzung mit Privatelektrikern und Installateuren und eine Anzahl Sitzungen mit Behördenvertretern und Betriebsleitern.

Der Vorstand behandelte 14 Darlehensgesuche, wovon je eines von der Sektion und vom Verband abgelehnt wurden. Er begutachtete zuhanden des Zentralverbandes 9 Rechtsschutzgesuche, wovon 5 endgültig erledigt und 4 noch hängig sind. 13 Notunterstützungen wurden in empfehlendem Sinne der Geschäftsleitung des Verbandes unterbreitet, welch letztere 12 bewilligte und eines ablehnte.

Unter der Rubrik „Bildungswesen“ können wir vermerken die Vertrauensmänner-Tagung des Verbandes und des Gewerkschaftsbundes, sowie die Referate des Kollegen Meister, Sekretär des Gewerkschaftsbundes über die Totalrevision der Bundesverfassung.

Der von den stimmberechtigten am 24./25. Oktober 1931 genehmigte Umbau des Gaswerkes Biel geht seiner Vollendung entgegen. Die Auswirkungen der neuen Betriebsweise sind nicht auf der ganzen Linie erfreulich. Schon in der Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten war eine Reduktion der Arbeiterzahl von 48 auf 27 Mann vorgesehen. Unsere Aufgabe war es, dafür zu sorgen, dass die Reduktion der Arbeiterzahl ohne unnötige Härten und auf natürlichen Wege vor sich ging. Dieser natürliche Weg bot folgende Möglichkeiten: Eine Anzahl Arbeiter konnte mit Rücksicht auf das hohe Alter bzw. Dienstalter pensioniert werden. Auch Versetzungen in andere Betriebe fanden statt und Dienstaustritte mit einmaliger Abfindung wurden in Aussicht genommen, so dass mit Ausnahme einiger Entlassungen, namentlich von Aushilfspersonal, die Reduktion auf tragbarem Wege verwirklicht wurde.

Die grösste Belastung für Personal und Gewerkschaft bedeutete die von der Betriebsleitung vorgeschlagene und vom Gemeinderat bereits beschlossene Versetzung der überzählig gewordenen Heizer und Ersatzheizer von der 2. und 3. und die 4. Besoldungsklasse. Dieser äusserst scharfen Sanierungsmassnahme konnte die Gewerkschaft nicht zustimmen. Mühsame Verhandlungen mit dem Gemeinderat zeitigten schliesslich ein Teilergebnis. Die Versetzung des in Frage stehenden Personals durfte in keinem Falle zwei Klassen betragen. Das war schlussendlich die Lösung, der wir zuzustimmen gezwungen waren. Die Massnahme ist immer noch hart genug, besonders wenn man berücksichtigt, dass das betroffene Personal infolge der Verkürzung der Arbeitszeit von der 52- auf die 48-Stunden-Woche schon eine empfindlich Lohneinbusse erlitt. Die Rückversetzungen tangieren die Existenzgrundlage vieler Familien. In Biel mit seiner besonderen sozialen und politischen Struktur kann nicht nach ausschliesslich rücksichtlosen, vorwiegend in der Privatwirtschaft angewendeten Grundsätzen rationalisiert werden, bei deren Anwendung nur das technische und finanzielle Problem Berücksichtigung findet. Gewiss ist der Begriff „Rationalisierung“ umstritten, aber wenn wir bei der Definition des Begriffs den gesunden Menschenverstand walten liessen, würde dem Faktor Mensch sein berechtigter Platz von selbst zugewiesen werden. Wenn die Rationalisierung neben der technischen und wirtschaftlichen auch eine soziale, eine moralische, eine eminent menschliche Seite hat - worüber bei den Bieler Behörden kein Zweifel bestehen dürfte - so muss eben wie in der Privatwirtschaft - so auch, ja in vermehrtem Masse - für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe von Staat und Gemeinde der Grundsatz wegleitend sein, dass jedes menschliche Handeln sich in den höheren Interessen des Humanitas der grossen Menschenfamilie unterzuordnen und in erster Linie dem Gemeinwesen zu dienen hat.

Infolge der prekären Lage der Stadtverwaltung wurden auch im Stadtbauamt die Kredite stark reduziert, so dass für die Bezahlung von Aushilfepersonal keine Mittel mehr zur Verfügung standen. Das dortige Aushilfspersonal wurde abgebaut bzw. in andere Betriebe versetzt. Die Tatsache, dass ein von der Verwaltung gegebenes Versprechen, bei allfälliger Neueinstellung von Personal in erster Linie die abgebauten Leute zu berücksichtigen, nicht in vollem Umfange gehalten wurde, gab Anlass zu einer Besprechung mit dem Gemeinderat. Das Arbeitsamt wurde angewiesen, sich in Zukunft an das von den Behörden abgegebene Versprechen zu halten. Wir befürchten, dass der weitgehende Personalabbau im Stadtbauamt sich in hygienischer Hinsicht ungünstig auswirken wird, ein Zustand, der mit der heute bestehenden modernen Kehrichtabfuhr in Widerspruch stehen dürfte.

Die Sanierung des Strassenbahnbetriebes beschäftigte sowohl Behörden als auch die Gewerkschaft während der Dauer des ganzen Berichtsjahres. Die Krise hat dem Betrieb derart zugesetzt, dass eine nochmalige Einschränkung der Betriebsausgaben nicht zu umgehen war. Dies hat grundsätzlich auch das Personal anerkannt, dagegen waren Behörden und Gewerkschaft vorerst über die Art und Weise der Sanierung nicht einig. Das Personal vertritt mit Recht den Standpunkt, dass die Sanierungsorgane bei der Prüfung einer sich einmal als notwendig erwiesenen Betriebsreorganisation nicht vor der Bürotüre Halt machen dürfen. Der gute Wille des unteren Personals und die ihm immer wieder zugemutete Einsicht, für den Betrieb Opfer um Opfer zu bringen, werden durch die offensichtlichen Rücksichtnahmen auf das technische und Büropersonal nicht gefördert. Die Behörden werden gut tun, endlich auch dort den Hebel anzusetzen.

Die Verhandlungen zwischen Behörden und Personal zeitigten schliesslich das folgende Resultat:

Der Betrieb soll durch die Erweiterung des Einmann-Betriebes auf den ganzen Tag folgende Einschränkungen erfahren und für folgende Strecken eine Entlastung des Lohnkontos erfahren:

Linie 1: Bellevue-Bözingen und Seestrasse-Nidau

Linie 2: Gurzelen-Mett und Zentralplatz-Bahnhof.

Die Strecken Bellevue-Seestrasse und Zentralplatz-Gurzelen werden wie bisher zweimännig betrieben. Ferner wurden die Fahrleistungen in folgender Weise reduziert. Auf der Linie 1 wurden 5 und auf der Linie 2 6 Kurse aufgehoben. Eine weitere Massnahme, die ausschliesslich das Depotpersonal belastet, besteht darin, dass das letztere pro Jahr 500 Fahrdiensttage zu leisten hat. Diese Betriebseinschränkung hatte einen Personalabbau von 5 Mann zur Folge. Es ist der Gewerkschaft und vorwiegend dem Gruppenpräsidenten in Verbindung mit den Behörden gelungen, alle abgebauten Kollegen in ein anderes Tätigkeitsfeld zu platzieren.

Die Gruppe Angestellte hatte im Berichtsjahr 4 Austritte zu verzeichnen, die wir bedauern. Die ausgetretenen Mitglieder sind sämtliche Angestellte des Steuerbüros. Der Beweggrund dieser Fahnenflucht ist auf die Verärgerung über die in der Verwaltung bestehende Personalpolitik und auf das im Berichtsjahr eingeführte provisorische Prüfungssystem zurückzuführen. Hoffen wir, dass alle Ausgetretenen, unter denen sich Gründer der Gewerkschaft befinden, nach einer nicht zu langen Überlegungsfrist den Weg in die Gewerkschaft zurückfinden.

Der Ausblick ist auch für unsere Sektion als Glied der gesamten Arbeiterbewegung wenig ermutigend. Wir haben bereits eingangs auf die kritische wirtschaftliche Lage verwiesen. Die Tätigkeit der Sektion im Berichtsjahr beschränkte sich fast ausschliesslich auf Abwehrmassnahmen und es ist uns leider nicht gelungen, unsere Positionen auf der ganzen Linie zu halten. Die städtische Finanzlage ist derart, dass weitergehende und die Verwaltung materiell belastende - Forderungen kaum verantwortet werden können. Es gibt jedoch Forderungen, die die Verwaltung finanziell nicht belasten und die dem Personal trotzdem Erleichterungen und Vorteile formeller Natur bringen. In diesen Fälle haben wir uns im Berichtsjahr mit den Behörden oft auseinandersetzen müssen und nicht immer das nötige Verständnis gefunden. Daher kommt auch die Verstimmung in weitesten Personalkreisen. Gewiss begrüssen wir das gute Verhältnis mit der Behörde, aber entscheidend für uns ist schlussendlich das Ergebnis und das Resultat, das diesem guten Verhältnis entspringt.

Die Tätigkeit des Vorstandes war im Berichtsjahr eine äusserst rege. Das Verhältnis unter den Vorstandskollegen inbezug auf die Mitarbeit kann als erfreulich, ja als vorbildlich bezeichnet werden. Es ist ein Lichtblick in der Gewerkschaftsbewegung unserer Sektion und verspricht trotz der äusserst schwierigen Zeit ein unter den gegebenen Umständen günstiges Ergebnis zu zeitigen.

Der Sektionskassier, Kollege Walter Baumann, ist einem schweren Unfall zum Opfer gefallen, der ihm einen mehrmonatigen Spitalaufenthalt auferlegte. Wir wünschen dem lieben Kollegen baldige Genesung. Als Stellvertreter amtet Kollege Tüscher.

Mitgliederbewegung 1935 Männlich Weiblich Total

Bestand am 1. Januar 1935 412 4 416

Eingetreten 5 5

Übergetreten aus anderen Verbänden 2 2

Total 419 4 423

Ausgetreten bzw. gestrichen 6 6

Gestorben 3 3

Bestand am 31. Dezember 1935 410 4 414

Davon Pensionierte 50 50

Davon Sterbekasse 410 4 410

Totentafel:  
Bei den im Berichtsjahr verstorbenen Kollegen handelt es sich um August Champod Tell (EW), Fritz Ramseyer (Bauamt) und Emil Müller (Gärtnerei). Es sei auch an dieser Stelle dieser Kollegen ehrend gedacht.

Biel, den 31. März 1936. Der Berichterstatter: Rudolf Rindlisbacher

VPOD Biel Jahresbericht 1935.docx